

Die belebende Wirkung der GSoA

Meistens stehen SP und Grüne in politischen Auseinandersetzungen Seite an Seite. Die gewichtige Ausnahme ist die Sicherheitspolitik. Dort gibt es zwar auch Berührungspunkte - wie die Ablehnung militärischer Einsätze im Landesinnern. Aber an den Auslandseinsätzen der Armee scheiden sich die Geister. Die SP ist tendenziell dafür, die Grünen sind definitiv dagegen. Diese Differenz hängt auch mit der GSoA zusammen, die auch 25 Jahre nach ihrer Gründung die ausserparlamentarische friedenspolitische Opposition. Und mittlerweile auch im Parlamentsbetrieb eine Stimme hat - diejenige des grünen Zuger Nationalrates Josef Lang. Seit er vor vier Jahren gewählt worden ist, haben sich die links-grünen Gewichte innerhalb der Sicherheitskommission geändert. Die sogenannte „SP Militär“ – die altgedienten SicherheitspolitikerInnen um Barbara Haering und Boris Banga - sehen sich herausgefordert. Der Konflikt um die Auslandseinsätze hat sich in den letzten Jahren akzentuiert, weil sich die Verhältnisse geändert haben. Im links-grünen Spektrum waren in den neunziger Jahren militärische Einsätze mit einem Uno-Mandat wegen der Verhältnisse im Balkan unbestritten. Die Blauhelm-Vorlage scheiterte 1994 am Widerstand der isolationistischen Kreise. Auch die zweite GSoA-Initiative, die 2001 abgelehnt wurde, sah vor, bei der Abschaffung der Armee eine militärische Einheit für Auslandseinsätze beizubehalten.

In Ansätzen seit der Nato-Intervention im Kosovo, grundsätzlich dann aber 2003, hat sich das Blatt gewendet. Der Irakkrieg hat gezeigt, dass Militär weniger zum Schutz von hilfsbedürftigen ZivilistInnen eingesetzt wird als zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen. Das gab der GSoA Auftrieb - sie hatte sich in den neunziger Jahren stark mit zivilen Projekten in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien engagiert – und wirkt fort ins politische Tagesgeschäft. Im Parlament entsteht 2003 erstmals seit der Zwischenkriegszeit wieder eine nennenswerte pazifistische Opposition.

Wer hätte das gedacht? Eigentlich war die GSoA ein Projekt der achtziger Jahre mit dem Ziel, die Armee abzuschaffen. Das Ende des Kalten Krieges half dann ein Stück weit mit, als im November 1989 mehr als ein Drittel der Abstimmenden diese Forderung unterstützten. Und eine erfolgreiche Organisation löst sich selten auf: 1992 organisierte die GSoA das Referendum gegen die F/A-18 - mit in kürzester Zeit mehr als 500'000 gesammelten Unterschriften, ein Meilenstein der Referendumsdemokratie. Doch dann fiel sie in ein Loch. Mitbegründer Andreas Gross zog sich im Streit zurück und war gegen eine zweite Armeeabschaffungsinitiative. Mit dem Referendum gegen das Militärgesetz, das bewaffnete Auslandseinsätze möglich machte, rief sich die GSoA 2001 wieder in Erinnerung. Es gab, weil auch isolationistische Kreise das Referendum ergriffen hatten, nur eine knappe Niederlage.

Seit 2003 beeinflusst die GSoA indirekt vermehrt auch die SP-Basis. So etwa in der Fragen der Initiative für ein Verbot von Waffenexporten, die gegen den Willen der SP-Führung unterstützt wurde. Das sorgt bisweilen für böses Blut.

Man sollte allerdings die Rivalitäten nicht überbewerten. Die SP findet in der GSoA auch immer wieder eine wichtige Partnerin. So etwa lancieren beide Organisationen gemeinsam eine Initiative, die den Waffenbesitz strenger regeln und insbesondere die Unsitte abschaffen will, Armeewaffen zu Hause aufzubewahren.

Johannes Wartenweiler.

WOZ. Freitag, 2007-10-04.

GSoA > Armee-Einsätze. 2007-10-04.doc.